

NIEDERSCHRIFT HFA/033/2009

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 16.06.2009 im
Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
ohne Ortsbesichtigung
Vertretung für Herrn
Thomas Hagemann

Herr Günther Fehmer
Herr Willi Krause
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
ohne Ortsbesichtigung

Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Michael Fliß
Frau Margarete Köhler
ohne Ortsbesichtigung
Vertretung für Herrn
Thomas Tauber

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Vortragender Gast:

Herr Siepe
Fa. Rinke, Unterneh-
mensberatung (zu
TOP 1. ö. S.)

Gäste:

Herr Matthias Heuermann
Herr Langner
zu TOP 1. ö. S.
zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Jürgen Erfmann
nur zur Ortsbesichti-
gung
Herr Peter Melzner
ohne Ortsbesichtigung
Herr Hubertus Messing
ohne Ortsbesichtigung
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
ohne Ortsbesichtigung
Frau Birgit Freickmann
Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dirks schlägt vor, der nichtöffentlichen Tagesordnung den Punkt: „Energetische Sanierung der Gebäudehülle der Aula der Städt. Realschule; hier: Vergaben“ voranzustellen. Eigentlich sei ein Ratsbeschluss erforderlich, da die Zeit aber dränge, sollte der HFA heute eine Dringlichkeitsentscheidung fassen.

Mit der Erweiterung der Tagesordnung erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Fortschreibung des bestehenden Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Billerbeck

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Siepe von der Fa. Rinke, Unternehmensberatung, anwesend. Außerdem stehen Herr Langner und Herr Heuermann von der Freiwilligen Feuerwehr Billerbeck bei Bedarf für Fragen zur Verfügung.

Herr Siepe präsentiert dann die wichtigsten Daten des allen vorliegenden Brandschutzbedarfsplanes und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach kurzer Erörterung, in der Herr Fehmer und Herr Dittrich der Freiwilligen Feuerwehr ein gutes Zeugnis ausstellen, fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Fortschreibung des bestehenden Brandschutzbedarfsplanes wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Konjunkturpaket II

Vorab fand eine Besichtigung des Lehrschwimmbeckens in der Johannischule statt, bei der verwaltungsseitig darauf hingewiesen wird, dass in den letzten Jahren mehrere Reparaturen erforderlich waren. Durch Verbesserungen der Technik sei die Wasserqualität inzwischen gut, es müsse aber darauf geachtet werden, dass nicht zu viele Kinder in dem Becken schwimmen.

Herr Krause regt an, die Nutzung außerhalb der Schulzeit einzuschränken und bittet um Beseitigung der Rostflecken an der Lüftung.

Im Laufe der Erörterung, in der von einer barrierefreien Erneuerung des Bades die Rede ist, macht Herr Mollenhauer deutlich, dass hierfür mehrere 100.000,-- € aufgewandt werden müssten. Im Bereich der Technik be-

stehe bei dem bestehenden Becken kein großer Handlungsbedarf, lediglich Unterhaltungsmaßnahmen müssten durchgeführt werden.

Herr Schlieker fragt nach, ob das Bad noch den Ansprüchen genüge und die Kinder dort das Schwimmen lernen können.

Herr Krause macht deutlich, dass eine Stadt wie Billerbeck ein vernünftiges Schwimmbecken vorhalten müsse, damit alle Kinder schwimmen lernen können. Über eine Unterschutzstellung des Lehrschwimmbeckens sollte nachgedacht werden, um Fördermittel zu erhalten. Wenn man die jetzt bestehende einmalige Chance, mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket das Lehrschwimmbecken zu erneuern, nicht angehe, werde man es nie wieder hinbekommen. Das Lehrschwimmbecken sei bereits jetzt allein durch die schulische Nutzung überlastet. Nach einer Erneuerung könnte es auch anderen Nutzern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schlieker pflichtet Herrn Krause bei. Er wolle aber kein Spaßbad, sondern ein dem Bedarf angepasstes Bad.

Grundsätzlich sei ein neues Bad sicherlich wünschenswert, so Frau Dirks. Eine Erneuerung sei aber in den bestehenden Räumlichkeiten nicht möglich, dann müsse über ein komplett anderes Konzept nachgedacht werden. Verwaltungsseitig werde nach wie vor vorgeschlagen, mit den Mitteln des Konjunkturpaketes die Turnhalle der Realschule zu sanieren. Das Lehrschwimmbecken könnte aus dem städt. Haushalt finanziert werden.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket voraussichtlich nicht für einen Neubau verwandt werden dürfen.

Frau Mollenhauer wirft ein, dass zunächst ein Konzept erstellt werden müsse und man dann weiter sehen könne.

Anschließend besichtigen die Ausschussmitglieder den Technikraum und den Außenbereich, wo eine Erweiterung möglich wäre.

Bei der anschließenden Beratung im Sitzungssaal verweist Frau Dirks auf die Sitzungsvorlage.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass das geprüfte Ausschreibungsergebnis für die Sanierung der Realschulaula eine Erhöhung um 10.000,-- € ergeben habe, so dass nun insgesamt 240.000,-- € angesetzt werden müssen.

Herr Dittrich vermisst in der Vorlage Ausführungen der Verwaltung zur Förderfähigkeit des Aufzuges. Außerdem werde er der von der CDU vorgeschlagenen Erneuerung der Wirtschaftswege nicht zustimmen, wenn nicht auch der Aufzug berücksichtigt werde.

Frau Dirks teilt mit, dass ihr die Landesbehindertenbeauftragte auf Nachfrage mitgeteilt habe, dass es bislang kein Förderprogramm für die barrierefreie Umgestaltung von öffentlichen Gebäuden gebe. Sie wolle sich

aber dafür einsetzen, dass dieses Thema bearbeitet werde. Ob Mittel aus dem Leader-Programm zur Verfügung gestellt werden, sei noch nicht abschließend geprüft worden.

Da in den vorangegangenen Diskussionen deutlich geworden sei, dass alle Fraktionen zunächst im Bereich der Schule investieren wollen, so Herr Schlieker, sollte erst die Reihenfolge der Maßnahmen festgelegt werden. Des Weiteren beantrage er, über die einzelnen Maßnahmen getrennt abzustimmen, da er der Erneuerung der Wirtschaftswege auf keinen Fall zustimmen werde.

Herr Fehmer zieht aus der Besichtigung des Lehrschwimmbeckens den Schluss, dass dort unbedingt investiert werden muss. Den Schülerinnen und Schülern müsse ein gewisser Standard geboten werden, dazu gehöre auch das Schwimmen lernen. Das sei aber dort unter den gegebenen Umständen nur eingeschränkt möglich. Zunächst müsse mit allen Beteiligten der Bedarf ermittelt werden, was in der Kürze der Zeit nicht möglich sei. Es sollte aber ein Zeichen gesetzt und als Einstieg Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Erneuerung des Lehrschwimmbeckens bereit gestellt werden.

Außerdem wolle die CDU-Fraktion nach wie vor einen Betrag von insgesamt 180.000,-- € in die Wirtschaftswege investieren. Die energetische Sanierung der Gebäudehülle der Aula und die Kosten in Höhe von 240.000,-- € seien unstrittig. Schließlich sehe er es als wichtig an, für die flächendeckende Versorgung mit Funk/DSL Mittel aus dem Konjunkturpaket bereit zu stellen. Vorgeschlagen werde zunächst ein Betrag von 50.000,-- €, wobei er heute nicht wisse, ob diese Mittel tatsächlich hierfür benötigt werden. Diesbezüglich fehlten noch Informationen, ob die Stadt in diesem Bereich überhaupt tätig werden könne.

Wenn er diese 4 Maßnahmen addiere, komme er auf einen Betrag von 570.000,-- €, so dass noch 610.000,-- € zur Verfügung stünden. Diese sollten aus Sicht der CDU-Fraktion für die Realschulturnhalle ausgegeben werden. In der Sitzungsvorlage werde hierfür ein Betrag von 730.000,-- € angeführt. Wichtig sei es, an der Schule weiter zu kommen, ggf. müssten Mittel aus dem städt. Haushalt bereit gestellt werden. Der Aufzug im Rathaus sollte nicht aus Mitteln des Konjunkturpaketes verwirklicht werden. Mittel hierfür seien bereits im Haushaltsplan für 2010 und 2011 eingeplant. Außerdem bestehe bzgl. des Aufzuges noch Beratungsbedarf bzgl. einer möglichen Umstrukturierung und Nutzung der Alten Landwirtschaftsschule. Wie kritisch die Ausgaben für einen Aufzug gesehen werden, sei bei der vom Initiativkreis für den Außenbereich (IfA) einberufenen Versammlung deutlich geworden. Über Ausgaben in dieser Größenordnung müsse kritisch und in Ruhe nachgedacht werden.

Herr Dittrich sieht dagegen die Notwendigkeit für einen Aufzug. Menschen mit Handicaps, ältere Bürger und Eltern mit Kinderwagen müssten die Service-Einrichtungen des Rathauses barrierefrei erreichen können. Dazu gehörten auch das Trauzimmer und der Rathaussaal. Der Aufzug sei für die SPD-Fraktion vorrangig gegenüber der Erneuerung der Wirtschaftswege. Im Übrigen seien bei der IfA-Versammlung hauptsächlich Landwirte anwesend gewesen. Ein großer Teil der Bevölkerung sehe

aber sehr wohl, dass die Wirtschaftswege durch große landwirtschaftliche Fahrzeuge kaputt gefahren werden. Er appelliere an alle, einen gemeinsamen Weg zu gehen, ggf. könne auch ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Schlieker verweist auf seine Haushaltsrede, in der er auf die Vorteile des Aufzuges, aber gleichzeitig auch auf die finanzielle Seite hingewiesen habe. Dabei habe er deutlich gemacht, dass der Aufzug nur mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket verwirklicht werden könne.

Andererseits sehe er den Aufzug auch tlw. kritisch, da es nicht einfach sei, ein altes historisches Gebäude wie das Rathaus mit einem Aufzug auszustatten, das Bauamt wäre z. B. mit einem Aufzug überhaupt nicht zu erreichen. Er kündigt bereits heute einen Fraktionsantrag an, der eine Umstrukturierung vorsehe. Auf keinen Fall wolle er Mittel für die Wirtschaftswege aus dem Konjunkturpaket zur Verfügung stellen. Die hierfür von der Verwaltung vorgeschlagenen 100.000,- € sollten effektiver für die Schaffung der Barrierefreiheit im Rathaus, die mit allen Interessensverbänden abgesprochen werden solle, ausgegeben werden.

Herr Krause unterstützt Herrn Schlieker und stellt heraus, dass demnächst Räume in der alten Landwirtschaftsschule frei werden und dort ein Aufzug vorhanden sei. Also könnten gewisse Bereiche dahin verlagert werden. Der Rathaussaal sei für Sitzungen nicht optimal, da im Trauzimmer sitzende Zuhörer nur schlecht hören könnten, was im Ratssaal besprochen werde. Er verstehe nicht, warum im Rathaus kein Treppenlift eingesetzt werde.

Frau Dirks verweist auf den bestehenden Beschluss, im Rathaus einen Aufzug zu installieren. Aufgrund dieses Beschlusses seien Mittel in den Haushaltsplan eingestellt worden. Heute gehe es um die Verwendung der aus dem Konjunkturpaket zur Verfügung stehenden Mittel.

Herr Dittrich richtet an die CDU-Fraktion die Frage, ob sie den Beschluss zum Einbau eines Aufzuges im Rathaus in Frage stellen oder ob sie hierzu stünden. Er setze Prioritäten im Sinne der Menschen in der Stadt und nicht für Wirtschaftswege. Auch könnten und sollten nicht alle Ratssitzungen in der LAWI stattfinden, dafür gebe es den Ratssaal, der für alle Menschen erreichbar sein sollte, die eingeschränkt mobil seien.

Herr Fehmer erklärt, dass er nach wie vor für einen Aufzug sei. Der Beschluss sei gefasst und die Mittel im Haushaltsplan verankert. Bei den Mitteln aus dem Konjunkturpaket handele es sich um zusätzliche Mittel, mit denen zusätzliche Maßnahmen, die vorher noch nicht im Haushaltsplan eingeplant waren, umgesetzt werden sollen.

Herr Schlieker richtet noch einmal an die CDU-Fraktion den Appell, keine Mittel in die Wirtschaftswege zu investieren. Diese Maßnahme würde den Kindern und Kindeskindern, die die Mittel aus dem Konjunkturpaket schließlich zurück zahlen müssten, nicht zugute kommen, da die Wege bis dahin bereits wieder saniert werden müssten. Außerdem sollten die Bürger im Außenbereich, wie die Bürger in der Innenstadt auch, an den

Kosten beteiligt werden.

Frau Dirks hält ebenfalls eine Beteiligung der Bürger im Außenbereich für erforderlich. Die verwaltungsseitig vorgeschlagenen 100.000,-- € für die Wirtschaftswege sehe sie als Einstieg. Sie schläge vor, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der landwirtschaftlichen Ortsvereine und des Initiativkreises für den Außenbereich zu bilden, der sich mit der Frage der Beteiligung auseinandersetzt.

Herr Fehmer weist zur Klarstellung darauf hin, dass er 180.000,-- € für die Wirtschaftswege einsetzen wolle. Dabei gehe es nicht um eine punktuelle Sanierung, sondern um eine Erneuerung von Wirtschaftswegen, die 40 Jahre und älter seien und an deren Ausbau sich die Anlieger damals finanziell beteiligt hätten. Sicherlich sei aufgrund der im Gegensatz zu früher völlig anderen Nutzung durch landwirtschaftliche Fahrzeuge ein erhöhter Verschleiß zu beobachten, dennoch müssten alle Bürger an einem Ausbau beteiligt werden und nicht nur die betroffenen Anlieger. Von guten Wirtschaftswegen profitierten schließlich alle. Des Weiteren gebe er zu bedenken, dass jedes Jahr nicht unerhebliche Mittel in Unterhaltungsmaßnahmen an Wirtschaftswegen bereit gestellt werden müssen.

Frau Köhler erwidert, dass sie bisher kein Argument für eine Investition in die Wirtschaftswege überzeugt habe. Vielmehr sei sie von Investitionen in das Lehrschwimmbassin überzeugt, die sich über Jahre lohnen würden.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Wirtschaftswege zum großen Teil auch Schulwege sind. Im Innenbereich werde alles getan, um die Kinder sicher zur Schule zu befördern, das müsse auch für den Außenbereich gelten.

Herr Schlieker konstatiert, dass die Wege in der Gärtnersiedlung eine Katastrophe seien und er dennoch dafür plädiere, hier nicht zu investieren. Im Gegensatz zu Frau Köhler sehe er aber sehr wohl eine grundsätzliche Notwendigkeit im Bereich der Wirtschaftswege tätig zu werden, aber nicht mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket.

Herr Fliß geht davon aus, dass es heute nicht zu einer einvernehmlichen Regelung kommen wird und schlägt deshalb im Hinblick auf die anstehende Wahl vor, die Bürger über die Investition in Wirtschaftswege entscheiden zu lassen.

Herr Dittrich beantragt, über die unstrittigen Investitionen heute zu beschließen und über die anderen Dinge nachdem seitens der Verwaltung die noch fehlenden Informationen vorgelegt worden sind.

Herr Fehmer erklärt, dass er bereit sei, über die einzelnen Maßnahmen einzeln abzustimmen. Dennoch sollte heute auch über die Wirtschaftswege abgestimmt werden. Außerdem seien sie hier von den Bürgern gewählt und sollten Entscheidungen treffen.

Herr Brunn sieht keinen Bedarf, jetzt einmalig eine hohe Summe für die

Wirtschaftswege bereit zu stellen. Sicherlich könnte über die Erhöhung des jährlichen Ansatzes für Unterhaltungsmaßnahmen nachgedacht werden.

Frau Dirks kommt auf die Anträge des Herrn Schlieker und Herrn Dittrich zurück und lässt über die Investitionen aus Mitteln des Konjunkturpaketes einzeln abstimmen.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Für die Fassaden- und Dachsanierung der Realschulaula werden 240.000,-- € zur Verfügung gestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Für die Erneuerung der Wirtschaftswege werden 180.000,-- € zur Verfügung gestellt.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

3. Für das Lehrschwimmbecken in der Johannisschule werden als Einstieg für eine Erneuerung 100.000,-- € zur Verfügung gestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

Bevor über die Optimierung des DSL-Netzes in Billerbeck abgestimmt wird, regt Herr Fliß an, erst eine Bedarfserhebung durchzuführen, bevor Geld investiert werde. Falls Bedarf vorhanden sein sollte, handele es sich um eine Pflichtaufgabe, ansonsten würden aber Luftschlösser aufgebaut.

Frau Dirks verweist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage, dass eine Kommune nur dann Geld aus dem Konjunkturpaket für die Verbesserung oder Schaffung von Breitbandanschlüssen investieren könne, wenn ein Marktversagen vorliege und ohne eine Bedarfsanalyse könne nicht festgestellt werden, ob der Markt funktioniere.

Es sollte deutlich werden, dass dem Rat daran liegt, Mittel für die Verbesserung der Breitbandversorgung zur Verfügung zu stellen, so Herr Fehmer. Deshalb sollten 50.000,-- € hierfür vorgesehen werden. Falls die Umfrage ergibt, dass kein Bedarf bestehe, sollten die Mittel für die Realschulturnhalle verwandt werden.

Der HFA fasst schließlich folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Für die Optimierung des DSL-Netzes in Billerbeck werden 50.000,-- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes bereit gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfserhebung durchzuführen. Falls diese ergibt, dass kein

Bedarf vorhanden ist oder der Betrag nicht komplett für eine Optimierung benötigt wird, werden die Mittel für die Sanierung der Realschulturnhalle zur Verfügung gestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

Herr Dittrich beantragt, den beschlossenen Einbau eines Aufzuges im Rathaus zeitlich vorzuziehen und mit Mitteln des Konjunkturpaketes und ggf. anderer Fördermittel zu verwirklichen.

Dieser Antrag wird mit **4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Schließlich fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die nach Berücksichtigung der beschlossenen Investitionen noch zur Verfügung stehenden Mittel werden für die Sanierung der Realschulturnhalle verwandt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Sachstandsbericht zum SGB II

Herr Struffert verweist auf den Jahresbericht 2008 des Kreises Coesfeld, der einen Überblick über die Ausgestaltung der Arbeitswahrnehmung auf Kreisgebiet sowie über Eingliederungsmaßnahmen und deren Träger gibt. Seitens des Kreises werde bzgl. des Optionsmodells ein positives Fazit gezogen.

Dann erläutert Herr Struffert seinen in der Vorlage dargelegten Sachstandsbericht zum SGB II und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hierzu.

Herr Dr. Meyring lobt die ausführliche und verständliche Sitzungsvorlage und erkundigt sich, wie der Rat dafür sorgen könne, dass das erfolgreiche Optionsmodell weiter geführt werden kann.

Frau Dirks verweist auf die Bundestagsabgeordneten als Ansprechpartner. Hauptproblem sei aber, dass die Städte und Gemeinden sich nicht einig seien.

Die dargestellten Zahlen und die Tatsache, dass man nichts Negatives aus der Bevölkerung höre, machten deutlich, dass Herr Struffert und sein Team gute Arbeit leisteten, so Herr Fehmer. Zu monieren sei aber die Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung.

Der HFA nimmt den Bericht des Herrn Struffert zur Kenntnis.

4. Mitteilungen

4.1. Tag der Zukunftswerkstatt - Herr Struffert

Herr Struffert weist darauf hin, dass in der Zeitung irrtümlich veröffentlicht worden sei, dass der Tag der Zukunftswerkstatt am 27. Juli 2009 stattfindet, richtig sei aber der 27. Juni 2009. Er lade alle Interessierten ein, hieran teilzunehmen.

5. Anfragen

5.1. Öffnungszeiten des Freibades - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer regt eine Ausweitung der Öffnungszeiten des Freibades an. Nach der Sanierung kämen auch viele Badbesucher von auswärts.

Frau Dirks weist darauf hin, dass im nächsten Jahr sowieso generell über die Öffnungszeiten und Eintrittspreise nachgedacht werden müsse und es sein könnte, dass dann auch eine Ausweitung des Personals erforderlich werde. Derzeit werde überlegt, ob bereits in dieser Saison länger geöffnet werden könne.

5.2. Ausschilderung Radweg Beerlager Str. - Herr Schlieker

Herr Schlieker gibt eine Anregung einer Mutter weiter, wonach die Autofahrer zumindest durch ein Schild darauf hingewiesen werden sollten, dass die Radfahrer auf die Straße geführt werden.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

5.3. Sonnenschutz für den neu geschaffenen Spielbereich im Freibad - Herr Brunn

Herr Brunn erkundigt sich, ob für den Spielbereich der kleineren Kinder ein Sonnenschutz vorgesehen sei.

Frau Dirks teilt mit, dass über das Kinderbecken ein Sonnensegel gespannt werde.

5.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Ordnungspartnerschaft - Herr Fehmer

Auf Nachfrage von Herrn Fehmer teilt Herr Messing mit, dass der Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien, Senioren und Kultur auf der Tagesordnung stehe. Herr Althoff werde an der Sitzung teilnehmen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin